SOZIALES

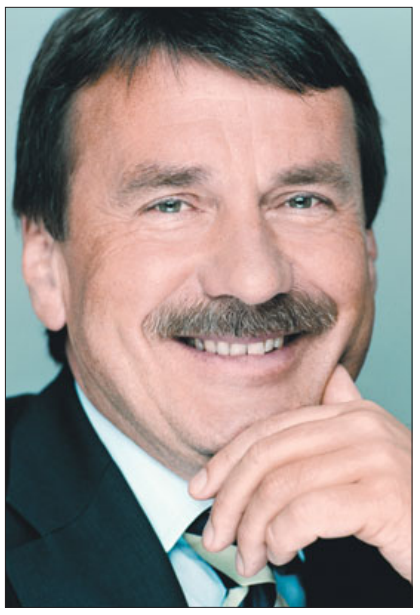
SoVD-Landesverband Niedersachsen plant Diskussionsveranstaltung mit niedersächsischen Spitzenpolitikern

Niedriglöhne, Armut und Barrierefreiheit: Fraktionsvorsitzende im Gespräch

Am 15. August veranstaltet der SoVD-Landesverband Niedersachsen eine sozialpolitische Diskussionsrunde, zu der die Fraktionsvorsitzenden aus dem Niedersächsichen Landtag eingeladen sind.
Die Redaktion des „Niedersachsen-Echos“ hat im Vorfeld mit den teilnehmenden Politikern gesprochen. Lesen Sie in dieser und der kommenden Ausgabe, welchen Standpunkt die Fraktionsvorsitzenden vertreten und welche Maßnahmen sie und ihre Partei bei dringenden sozialpolitischen Problemen ergreifen wollen.
In dieser Ausgabe stehen die niedersächsischen Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien Wolfgang Jüttner (SPD), Stefan Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Manfred Sohn (Die Linke) zu den Themen Beschäftigung zu Niedriglöhnen, Rechte behinderter Menschen, Armut und Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen Rede und Antwort.

Dr. Manfred Sohn, Die Linke

Stefan Wenzel, Die Grünen


Wolfgang Jüttner, SPD

Die Beschäftigung zu Niedriglöhnen, in Ein-Euro-Jobs und Zeitarbeit hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass der Schutz von Arbeitnehmern vor Lohndumping und prekärer Beschäftigung verbessert wird?

Indem wir a) viele der vermeintlich beschäftigungspolitischen Instrumente des SGB II als das entlarven, was sie sind – nämlich Repressionsmittel – und b) indem wir alternative Konzepte für tariflich bezahlte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf den Tisch legen. Im März hatten wir unter dieser Prämisse einen Antrag für die Errichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in den Landtag eingebracht. Leider haben wir hierfür keine Unterstützung anderer Fraktionen erhalten.

Arbeit muss sich wieder lohnen. Mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro wollen wir Lohndumping verhindern. Zusätzlich soll es möglich sein, branchenspezifische Mindestlöhne festzulegen. Um ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping effektiv schützen zu können, müssen wir alle Branchen in das Entsendegesetz aufnehmen. Wir sind überzeugt, dass Investitionen in Arbeit und Bildung am ehesten Armut und ungesicherte Beschäftigung verhindern können.

Ich teile die Feststellung des SoVD, dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit allein nicht leben können. Auch der Aufschwung der vergangenen Jahre hat die Menschen nur gestreift. Ohne energisches Gegensteuern wird sich deren Lage in den Zeiten von Wirtschafts- und Finanzmarktkrise weiter verschärfen. Auskömmliche Arbeit ist deshalb das wichtigste Ziel. Auch wenn es heute utopisch klingt: Alle sollen Arbeit haben, gerecht entlohnt. Die SPD kämpft deshalb für gerechte Löhne und Einkommen. Wir wollen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Wir werden die Tarifautonomie verteidigen. Kündigungsschutz und Mitbestimmung wollen wir schützen. Nicht zu vergessen: Arbeit darf nicht krank machen. Wir wollen flexible Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente ermöglichen.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen setzt sich nachhaltig für die Rechte behinderter Menschen ein. Welche Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit und Stärkung der Rechte behinderter Menschen wollen Sie forcieren?

Wir forcieren Maßnahmen, die von Menschen mit Behinderung selbst konzipiert und getragen werden. Das gilt für die Formulierung der Anforderungen und die Umsetzung einer umfassenden Barrierefreiheit – von Straßen, über öffentliche Räume, bis zum Internet – wie für die Durchsetzung von Antidiskriminierungsmaßnahmen und Inklusionskonzepten. Leider sind wir in Deutschland noch meilenweit von der Umsetzung der UN-Konvention entfernt, die im Dezember 2008 ratifiziert wurde.

Leitspruch Grüner Politik ist: „Man ist nicht behindert, man wird behindert!“ Eine umfassend gestaltete Barrierefreiheit, Hilfsmittel und Nachteilausgleiche sind für die Partizipation und die Erfüllung der Menschen- und Bürgerrechte behinderter Menschen unerlässlich. Wir wollen die gesetzlichen Voraussetzungen für eine einheitliche Leistungserbringung durch ein Teilhabeleistungsgesetz auf Bundesebene schaffen. Die Souveränität und Gestaltungsmacht muss in die Hände der Betroffenen gegeben werden.

Selbstbewusste Teilhabe statt staatlicher Mildtätigkeit. Das ist die Leitlinie unserer Behindertenpolitik. Wir stehen dabei Seite an Seite mit den behinderten Menschen in Niedersachsen. Sie mussten unter der Regierung Wulff schmerzhaft lernen: Für CDU und FDP ist die Behindertenpolitik das Experimentierfeld, um zu testen, wie weit sie es mit ihrer Politik der Ausgrenzung treiben können. Die Streichung des Blindengeldes und ein jahrelang blockiertes Behindertengleichstellungsgesetz zeigen, dass sich Schwarz-Gelb nur auf Druck bewegt. Wir wollen deutliche Nachbesserungen des Behindertengleichstellungsgesetzes. In der jetzigen Fassung ist die Barrierefreiheit nur lückenhaft gewährleistet. Nicht zuletzt stehen wir für einen behindertengerechten Umbau des Niedersächsischen Landtages. Das Parlament muss zum Vorbild für Barrierefreiheit werden.

2007 lebten 15,5 Prozent der Menschen in Niedersachsen in Armut. Welchen Stellenwert wird die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Ihrer zukünftigen Arbeit haben?

Einen absolut prioritären! Neben Maßnahmen, die wir bereits im Wahlprogramm formuliert hatten, haben wir zahlreiche Anregungen auf den Armutsforen erhalten, die unsere Fraktion im vergangenen Jahr in vier niedersächsischen Städten durchgeführt hat. Schwerpunkte der Teilnehmenden waren die gesundheitliche Versorgung, alternative Wohnformen, Bildung und Sozialtarife unterschiedlichster Art. Außerdem setzen wir uns für die Einführung einer umfassenden Armuts- und Reichtumsberichterstattung ein und wollen der Gemeinwesenarbeit einen deutlich höheren Stellenwert einräumen.

Zur Bekämpfung der Einkommensarmut haben wir auf Bundes- und auf Landesebene vielfältige Initiativen zur Reform der Regelsätze und vor allem zur Bekämpfung der Kinderarmut ergriffen. In einem ersten Schritt müssen die Regelsätze auf 420 Euro erhöht werden, die Regelsätze für Kinder und Jugendliche müssen komplett neu berechnet werden. Langfristig wollen wir eine einkommensabhängige bedingungslose Kindergrundsicherung in Ablösung des Kindergeldes und des Kinderzuschlages einführen. Ein wichtiger Aspekt von Chancengleichheit ist Bildungsgerechtigkeit von Anfang an.

Die Armut zu bekämpfen, um den Menschen ein sicheres und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, ist seit ihrer Gründung das alles überragende Ziel, für das die SPD streitet. Heute spaltet sich die Gesellschaft immer stärker in wenige Gewinner und viele Verlierer. Jeder siebte Niedersachse ist arm, besonders betroffen sind auch hier kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Mitbürgerinnen und Mitbürger ausländischer Herkunft. Der kurze Konjunkturaufschwung des letzten Jahres ist an ihnen fast vollständig vorbei gegangen. Besonders dramatisch: 200.000 Kinder in Niedersachsen leben in Armut. Dabei ist Kinderarmut viel mehr als materielle Not. Arme Kinder erleben von frühester Kindheit an Ausgrenzung und Isolation. Sie sind häufiger krank. Gesellschaftliche Teilhabe, Aufstiegschancen und Bildungswege bleiben ihnen viel zu häufig verschlossen. Kinder aus armen Familien spüren schon früh, dass sie abgeschrieben werden - von der Gesellschaft und oft auch von ihren Eltern.

Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen in Deutschland liegt deutlich über dem Durchschnitt in der EU. Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten sehen Sie, und welche Anstrengungen verfolgen Sie zur Verbesserung der Situation in Niedersachsen?

Wir fordern den gesetzlich verbrieften Gleichheitsgrundsatz ein, decken faktische Benachteiligungen auf und entwickeln daraus weitere Instrumente der Gleichstellung. Zudem forcieren wir eine angemessene Aufwertung stereotyper Frauenberufe, wie wir das am Beispiel unseres Antrages zu den Kita-Beschäftigten gerade getan haben. Ähnliches gilt für die Berufe im Gesundheitswesen. In Skandinavien sind das hoch angesehene und gut bezahlte Berufe. Das müssen wir hier auch erreichen.

Die massive Lohnungerechtigkeit bei Frauen hat viele Ursachen: Unzureichende Betreuungsangebote, das vorherrschende Familien-Modell des Allein- bzw. Hauptverdieners oder auch die Anwesenheitskultur in Unternehmen, um nur einige zu nennen. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und meinen, dass vieles über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geregelt werden könnte. Wir treten ein für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, weil die bisherige Praxis der freiwilligen Lohngerechtigkeit nicht funktioniert hat.

Vor über neunzig Jahren wurde auf maßgebliche Initiative von Sozialdemokratinnen in Deutschland das Frauenwahlrecht durchgesetzt. Es war der Durchbruch für die schrittweise rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen. Faktisch ist die Gleichberechtigung aber längst nicht erreicht. Es besteht sogar die Gefahr, längst Erreichtes wieder zu verlieren. Wir fordern deshalb unter anderem: Nachhaltige Anstrengungen zur Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Der gesetzliche Mindestlohn ist dabei ein wichtiges Element für mehr Geschlechtergerechtigkeit, Maßgeblich für die Chancengleichheit sind und bleiben dabei verbesserte Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder. Denn in einem Land, in dem die Schulen häufig um 13 Uhr schließen und Krippenplätze rar sind, ist es fast unmöglich, erwerbstätig zu sein und gleichzeitig Kinder zu betreuen.